Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 269. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Donnerstag, den 18. November 1926

Der asiatische Block.

Wieder einmal ist die Welt durch einen diplomatischen Schachzug Sowjetrußlands überrascht worden, nachdem diese Diplomatie der Welt schon öfter derartige Überraschungen bereitet hatte. Gewiß hat die Moskauer Regierung ihre Pläne einer Weltrevolutionierung praktisch längst zurückgestellt, ist vielmehr bestrebt, mit den „kapitalistischen" Regierungen Europas in erträgliche Beziehungen zu gelangen. Freilich mit recht geringem Erfolg, obwohl sich der russische Außenpolitiker Tschitscherin dabei die allergrößte Mühe gibt. Auf dem Balkan ist er nicht vorwärtsgekommen, weil sich Rumänien dazwischenschiebt, dem Rußland die Aneignung Beßarabiens nicht verzeihen kann. Die Ansätze eines engeren Verhältnisses mit Polen haben sich schon wieder abgekühlt und von Frankreich trennt das Rußland von heute immer noch die Frage der Tilgung der alten Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit.

Nun kommt diese Zusammenkunft mit dem türkischen Außenminister in Odessa, kommen sichere Nachrichten, daß auch die beiden anderen vorderasiatischen Staaten, Persien und Afghanistan, unterrichtet waren über diese Zusammenkunft und den Inhalt der Besprechungen. Wenn sich wirklich um die Sowjetrepublik, die Türkei, Persien und Afghanistan ein engeres Band schlingen sollte, so wird wohl auch der tatsächliche Herrscher Arabiens, Scheich Ibn Saud, nicht mehr lange draußen bleiben, sondern sich diesem Block anschließen, der rein machtpolitisch ist, mit bolschewistischen Ideen aber wenig zu tun hat.

Gerade, daß Moskau versuchte, diese Ideen in das Reich des türkischen Machthabers Kemal Pascha hineinzubringen, hat die Ursache für eine zeitweise Trübung der beiderseitigen Beziehungen abgegeben. Außerdem war es ja für die wirtschaftspolitischen Absichten der Türkei etwas stark kompromittierend, in allzu enger Verbindung mit dem kommunistischen Rußland zu stehen; die Anleihepläne konnten darunter leiden. Politische Entwicklungen der neuesten Zeit, namentlich gewisse italienische Hoffnungen und Wünsche auf Teile Kleinasiens — was ja schon zu militärischen Gegenrüstungen der Türkei führte — zwangen Kemal Pascha dazu, Umschau nach neuen Freunden zu halten, da die alten versagten. Frankreich wird sich über platonische Liebeserklärungen hinaus nicht weiter bemühen.

Alle Länder, die Türkei, Persien, Afghanistan und Arabien, haben einen gemeinsamen Gegner: England. Dieses Land steht vor den Toren des afghanischen Kabuls, steht als Gegner in Südpersien, hat im Irak festen Fuß gefaßt, wendet sich in Arabien gegen den Wahabitenfürsten und wird daher von allen diesen Ländern als der eigentliche Feind betrachtet. Wenn sich jetzt vor den Toren Indiens, vor dem vorderasiatischen Glacis dieser „Festung", ein derartiger Block von Moskau bis Teheran, von Angora bis nach Kabul bildet, zu dem dann Innerarabien in engen Beziehungen steht, so bedeutet das für England eine unmittelbare Gefahr. Und man wird in London die Kunde von der Besprechung in Odessa mit sehr ernsten Gesichtern aufgenommen haben.

Die Gegenaktion hat nur eine Linie, wo sie einsetzen kann: das ist die Weichsel. Von Westen, von Warschau her einen Druck auf Sowjetrußland auszuüben, die Randstaaten mit Polen enger zu verknüpfen, dann das Band nach Südosten durch Rumänien zu vervollständigen, bis es mit Griechenland endigt und im Hintergrund Italien als Reserve steht. Dann ist dem vorderasiatischen Block ein Wall entgegengebaut, der stark genug sein kann, Englands Interessen zu schützen. Eine Zeitlang war England an Polens Schicksal ziemlich uninteressiert, das könnte jetzt anders werden. Polens Widerstand gegen Deutschlands Wünsche wird damit eine neue Stärkung erfahren: die Weichsellinie unter englischer Garantie bedeutet eine Hinausschiebung deutscher Grenzänderungsvorschläge. Über ein kühl-höfliches Verhältnis zu Rußland sind wir trotz der Verträge von Rapallo und Berlin nicht hinausgekommen, sind wahrscheinlich enger dem Westen als dem Osten verbunden. So muß abgewartet werden, welche Bedeutung die Zusammenkunft von Odessa für Deutschland gewinnen wird.

Hindenburg in Dresden.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Dresden, 18. November. Reichspräsident v. Hindenburg traf heute vormittag 10,40 Uhr mit Sonderzug von Berlin auf dem Neustädter Bahnhof zu den Einweihungsfeierlichkeiten der von München nach Dresden verlegten Infanterieschule ein. Zum Empfang auf dem Perron hatten sich der sächsische Staatsminister Dr. Kaiser und Dr. Dehne eingefunden, desgleichen Oberbürgermeister Dr. Blüher, die den Präsidenten nach Verlassen des Zuges begrüßten. Hierauf begab sich der Präsident nach dem Bahnhofsvorplatz, wo ihn eine große Menschenmenge mit brausenden Hochrufen begrüßte. Der Reichspräsident fuhr sodann im Auto nach der Garnisonkirche.

Endlich gänzliche Räumung des Rheinlandes?

Räumungsbefehl vor Jahresschluß?

Verhandlungen unter den Alliierten.

Die „Chicago Tribune" berichtet aus London, daß gegenwärtig wichtige Besprechungen zwischen Chamberlain, Briand und anderen europäischen Persönlichkeiten stattfänden, die wahrscheinlich in Kürze zu dem Beschluß der vollständigen Räumung des von den Alliierten besetzten deutschen Gebietes führen würden. Engländer und Franzosen wünschten ihre Truppen aus dem Rheinlande zurückzuziehen. Es gebe aber noch zwei Hindernisse, die sich einer endgültigen Regelung in den Weg stellten. Das erste Hindernis, so behauptet das amerikanische Blatt, liege in der Haltung der nationalistischen Kreise in Deutschland, die der republikanischen Regierung bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten in den Weg legten. Das zweite Hindernis sei bei der Gruppe Militärchef und Besatzungsarmee, den Mitgliedern der Kontrollkommission usw. zu suchen, die ihre bequemen und lukrativen Stellungen nicht aufgeben wollten und immerfort einige technische Gründe hervorsuchten, um Deutschland der Nichterfüllung der Entwaffnungsbestimmungen zu zeihen. Die „Chicago Tribune" will weiter erfahren haben, daß die Verhandlungen schon soweit gediehen seien, daß die Forderungen, über die man sich mit Dr. Stresemann schon vorher geeinigt hätte, nunmehr jederzeit veröffentlicht werden könnten. Die Räumung würde schon vor Beginn des neuen Jahres möglich sein.

*

Beschleunigung der Militärkontrollverhandlungen.

Sowohl in Paris als auch in Berlin besteht die Absicht, die Verhandlungen über die Beseitigung der Interalliierten Militärkontrollkommission in den nächsten Wochen in beschleunigtem Tempo fortzuführen. Auch der französische Außenminister Briand ist persönlich der Anschauung, daß es wünschenswert wäre, die Verhandlungen nicht mehr zu verzögern, da er befürchtet, daß sie sonst seine Besprechungen mit Stresemann über die deutsch-französische Verständigung unnötig belasten würden. Der Reichsregierung liegt bereits die Stellungnahme der Botschafterkonferenz zu allen Fragen, von denen, wie bekannt, eine Reihe als bereits erledigt zu betrachten ist, vor, während für die Behandlung der Restfragen Besprechungen in Paris vorgesehen sind. Ungeregelt sind die Fragen der Militärausbildung und der militärischen Verbände. Eine Ausnahme macht nur noch die Frage der Königsberger Befestigungen. Aber auch diese Frage soll, wie verlautet, auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen.

Entsendung einer französischen Militärmission ins Rheinland.

Paris. Der Heeresausschuß der Kammer hat beschlossen, eine Mission ins Rheinland zu entsenden, um an Ort und Stelle die verschiedenen militärischen und politischen, auf die Besetzung bezüglichen Fragen zu prüfen.

Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

Rückkehr zur Arbeit.

Wie der amtliche britische Funkdienst meldet, lassen bereits die bisher abgegebenen Stimmen in den Bergwerksbezirken keinen Zweifel mehr darüber zu, daß der Kohlenstreik Ende dieser Woche mit der Annahme des von der Regierung zur Regelung der Frage vorgeschlagenen Planes sein Ende finden wird. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß schon jetzt eine außergewöhnlich große Zahl von Streikenden zur Arbeit zurückkehrt. In der vergangenen Woche wurden nahezu 1,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert.

Im Unterhaus legte der Unterstaatssekretär im Gesundheitsministerium, Kingsleywood, einen Ergänzungskredit von 3 250 000 Pfund für außerordentliche Anleihen der Gemeindebehörden vor, die teilweise sich infolge der Dauer des Bergarbeiterstreiks in recht bedrängter finanzieller Lage befinden. In der Begründung führte der Unterstaatssekretär noch aus, am 13. August, einem Zeitpunkt, wo das durch den Streik verursachte Elend am größten gewesen sei, hätten 2 273 985 Personen Geldunterstützungen erhalten. Zurzeit betrage die Zahl der Unterstützungsempfänger 2 038 606 Personen, jedoch sei nach Mitteilungen der Gesundheitsbehörden der Gesundheits- und Ernährungszustand der Bergarbeiterkinder besser als in der Zeit, wo die Väter noch arbeiteten.

Drummond in London.

Heikle Fragen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, ist in London eingetroffen, um mit den Delegierten der britischen Regierung über verschiedene heikle Fragen im Zusammenhang mit der Tagesordnung der Völkerbundratssitzung im Dezember zu beraten, auf der sich u. a. die Zurückziehung der Saargarnisonen und die Frage der Kontrolle der deutschen Abrüstung befinden.

Ferner meldet der „Daily Telegraph", der Unterausschuß des Völkerbundrates für Rüstungsfragen werde am 1. Dezember zusammenkommen, um die französisch-polnisch-finnischen Reformvorschläge zu Art. 16 der Völkerbundsatzung zu erörtern. Lord Cecil, der wahrscheinlich der britische Delegierte in diesem Unterausschuß sein werde, habe früher verschiedene dieser Vorschläge energisch bekämpft.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Staatssekretär Winston für Freigabe.

Vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses hielt der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Winston, eine Rede über die Frage der Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums, in welcher er forderte, der Kongreß solle sich von dem amerikanischen Ideal der Heiligkeit des Privateigentums leiten lassen und einen Plan für die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums ausarbeiten. Nach Winston hat man bei dieser Frage dreierlei Ansprüche zu unterscheiden, und zwar die amerikanischen gemischten Ansprüche, deutsche Eigentumsansprüche, deutsche Ansprüche auf Schiffe, Funkstationen und Patente.

Das Problem kann in folgender Weise gelöst werden: Die zur Regelung der deutschen Ansprüche auf Entschädigung für Schiffe, Funkstationen und Patente erforderliche Summe von 100 Millionen Dollar wird den Inhabern amerikanischer Forderungen ausgehändigt. 30 Millionen wird Deutschland im Jahre 1926 für die Besatzungskosten zahlen. 12 Millionen Dollar werden im Verlaufe des Jahres auf Reparationskonto gezahlt und 26 Millionen Dollar sind in dem Fonds des beschlagnahmten Vermögens an Zinsen gesammelt worden. Von den amerikanischen Forderungen, deren Höhe einen Gesamtbetrag von 190 Millionen Dollar erreicht, würden also nur noch 22 Millionen Dollar übrigbleiben, die im Jahre 1927 auf Reparationskonto gemäß dem Dawes-Plan gesetzt werden könnten.

Der demokratische Abgeordnete Garner wandte sich gegen diesen Plan; er erklärte, die amerikanischen Steuerzahler würden auf diese Weise gezwungen werden, die deutschen Schulden zu bezahlen. In einer Antwort hierauf erklärte Winston, seiner Meinung nach könne eine Regelung nicht gefunden werden, die nicht dem amerikanischen Volke irgendwelche Opfer auferlege, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten willens sind, das Ideal der Unangreifbarkeit des Privateigentums aufzugeben. Wenn auch eine lange Zeit verstreichen werde, so werde Deutschland doch seine Schulden den Vereinigten Staaten bezahlen, und diese würden bei der Transaktion vielleicht noch einen Gewinn erzielen.

Die Aussichten der Reichsbahn.

Eine Rede Dr. Dorpmüllers.

Der neue Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, machte auf einem Empfangsabend programmatische Ausführungen über die Politik und die wirtschaftlichen Aussichten der Reichsbahn. Die Neugestaltung des Normalgütertarifs, die eine größere Beweglichkeit für die Eingruppierung der einzelnen Güter und eine gewisse Entlastung der Wirtschaft bringen soll, ist soweit fertiggestellt, daß der Entwurf noch in diesem Monat an die ständige Tarifkommission und an den Ausschuß für Verkehrsinteressenten gelangt. In jedem Falle, erklärte der Reichsbahngeneraldirektor, werde er bemüht sein, den Wünschen der Wirtschaft entgegenzukommen. Sehr eingehend ließ er sich dann über die Finanzlage der Reichsbahn aus. Der englische Kohlenstreik habe der Reichsbahn Mehreinnahmen in Höhe von etwa 100 Millionen gebracht. Dennoch warnte Dorpmüller vor finanziellem Optimismus. Die Lasten der Reichsbahn, die sich aus Zinszahlungen für die Obligationen, aus Rückständen für die Ausgleichsrücklage, aus der Dividende für die dem Reich übergebenen Vorzugsaktien ergeben, betragen im laufenden Jahre etwa 685 Mill., im nächsten 710 Mill. und im übernächsten 780 Millionen Mark. Hierzu kommt noch die Verkehrssteuer in Höhe von 250 bis 290 Millionen. Überdies sind die Ruhegehälter gegen die Vorkriegszeit von

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF